

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

17 (21.1.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Ml. In der Expedition und in den Abtagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Ml. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Ml. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: B. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: G. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Sozialdem. Bauernkandidaturen

Für die bevorstehenden Landtagswahlen ist es unsern Parteigenossen in verschiedenen Bezirken gelungen, Landwirte als Kandidaten zu gewinnen. Darüber herrscht in den Reihen unserer Gegner nun großes Erstaunen, teilweise sogar so etwas wie Bestürzung und Schrecken. Kein Wunder! Wenn erst einmal wirkliche Landwirte sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennen und wenn es gar solche sind, vor welchen auch der Gegner seine Macht nicht aussprechen muß und dies nicht nur hinsichtlich ihrer Eigenschaft als Landwirt, sondern auch als Politiker, dann geht unsern Gegnern damit wieder eine jener Waffen verloren, mit welchen sie bislang gerade in hauerlichen Kreisen noch mit Erfolg gegen uns ankämpften. Das Schlagwort von der „Bauernfeindlichkeit“ der Sozialdemokratie“ fängt damit an, seine Zugkraft einzubüßen. Einen solchen Bauernkandidaten, der unseren Gegnern gefährlich zu werden scheint, haben unsere Parteigenossen in der Person des Genossen Stadler in Schwandorf-Waldshut zu erobern und wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht es diesmal mit den Nationalliberalen gerade in den Oberländer Bezirken reizend bergab. Um so erfreulicher ist es, wenn seitens unserer Partei alles geschieht, um dem Vormarsch der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen. Wir dürfen zu unseren Parteigenossen das feste Vertrauen haben, daß sie alle Kräfte aufbieten werden, um unseren Bauernkandidaten zu einer möglichst großen Stimmzahl zu verhelfen. Auch auf den Höhen des Schwarzwaldes muß das rote Banner gehißt werden.

Der Vorgang ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Daß die badische Sozialdemokratie mit mehreren Bauernkandidaturen in den diesmaligen Wahlkampf zieht, beweist ihre Absicht, einbringlicher als bisher innerhalb der landwirtschaftlichen und überhaupt ländlichen Kreise zu agitieren. Wird sie Erfolg haben? Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, muß diese Frage mit einem glatten „Ja!“ beantworten. Die in den parteipolitischen Verhältnissen Badens und in der Reichspolitik liegenden Ursachen sind nur andeutungsweise zu berühren, würde an dieser Stelle zu weit führen; zudem liegen sie ja eigentlich offen zu Tage. Jedenfalls kann die Mahnung an die einheimischen liberalen Parteimitglieder nicht oft genug ausgesprochen werden, auch vor dem sozialdemokratischen Vordringen auf der Hut zu sein, damit es zum Schluß der Wahlschlacht nicht heißt: Zentrum und Sozialdemokratie haben ihre Pflicht getan, die Liberalen haben sie nicht getan; jene haben alles aufgebietet, diese manches unterlassen! Doch was mir Veranlassung zu diesen Zeilen gibt, ist ja die Kandidatur des Landwirts Stadler an sich, die des Interesses nicht entbehrt und durchaus keine Strohmännchenkandidatur ist. Herr Stadler ist kein Neuling in der Parteipolitik und schon seit Jahren ein ebenso überzeugter als kenntnisreicher Anhänger der Sozialdemokratie. Ein ernster ruhiger Mann, ein Bauer von echtem Schrot und Korn, ein Volkstredner von erstaunlicher Sicherheit und Gewandtheit, alle diese Eigenschaften müssen wir dem politischen Gegner zuerkennen. Wie kommt denn aber so ein Bauernmann dazu, Sozialdemokrat zu sein? Diese Frage ist naiv, in unseren Verhältnissen aber doch berechtigt und ihre Antwort in vorliegendem Falle auch interessant. Es scheint nur in der engeren Nachbarschaft bekannt, daß in dem still an der Landstraße gelegenen Weizen-Bonndorf-Schwandorf seit Jahren eine sozialdem. Bauernkolonie besteht, deren Haupt Anselm Stadler ist und der auch andere angeesehene Schwandorfer Bürger schon lange angehören. Die Deffentlichkeit erfuhr noch wenig Kunde von ihnen, was wohl darauf schließen läßt, daß sie nur ruhig und friedlich für ihre Ideen wirkten. Doch werden die Tage des Kampfes nun wohl auch für die Schwandorfer kommen. Gespannt darf man sein, welchen Eindruck der dunkelrote Landwirt Stadler als Kandidat bei seinen hellroten und schwarzen Mitbauern im Wahlbezirk machen wird. Es ist bekannt, wie hierzulande die Unzufriedenen unter den Landleuten namentlich in den letzten Jahren liebevolle Aufnahme beim Zentrum fanden. Diesen verheißt die Sozialdemokratie eine noch weit bessere Zuflucht. In solchem Gesichtsfelde scheint der sozialdemokratische Kandidat namentlich im Bezirk Bonndorf Aussicht auf eine ziemliche Stimmengahl zu haben.

Mit der Charakteristik unseres Genossen Stadler durch das nationalliberale Blatt können wir zufrieden sein. Ein Bauer von echtem Schrot und Korn, dazu noch ein Volkstredner von erstaunlicher Sicherheit und Gewandtheit und ebendieser der Führer einer sozialdemokr. Bauernkolonie, das ist allerdings eine Erscheinung, die unsern Gegnern zu denken geben muß. Es kann uns nur mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen, wenn ein in solcher Weise von dem politischen Gegner charakterisierter Genosse aus dem Stande der Landwirte sich rückhaltlos in den Dienst unserer Partei stellt. Hoffentlich treffen die Prophezeiungen des „Abbote“ hinsichtlich der Zugkraft unser Bauernkandidaten ein; es würde das für unsere

Partei ein Vorteil sein, den auch die Gegner in ihrer politischen Rechnung zu buchen gezwungen wären. Ja, wir möchten dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen möchte, einen solchen Bauernkandidaten bald als sozialdemokratischen Abgeordneten begrüßen zu können.

Was der Artikel über die Jurist der Nationalliberalen verrät, kommt nicht überraschend. So wie im Bezirk Bonndorf sieht es für die Nationalliberalen im ganzen Lande aus. Ueberall kommen die Herrschaften erst kurz vor den Wahlen, um mit dem Volke „Fühlung“ zu nehmen. Das ist eine bei jedem Wahlkampf sich immer wiederholende Erscheinung. Die unzuverlässige Haltung dieser Partei hat es dem Zentrum ermöglicht, seinerzeit den 2. Reichstagswahlkreis und den Landtagswahlkreis Bonndorf-Waldshut zu erobern und wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht es diesmal mit den Nationalliberalen gerade in den Oberländer Bezirken reizend bergab. Um so erfreulicher ist es, wenn seitens unserer Partei alles geschieht, um dem Vormarsch der Reaktion einen Damm entgegenzusetzen. Wir dürfen zu unseren Parteigenossen das feste Vertrauen haben, daß sie alle Kräfte aufbieten werden, um unseren Bauernkandidaten zu einer möglichst großen Stimmzahl zu verhelfen. Auch auf den Höhen des Schwarzwaldes muß das rote Banner gehißt werden.

Politische Uebersicht.

Das Fiasko der Eisenbahntarifreform und der fahrkartensteuer

wird erneut und außergewöhnlich drastisch bestätigt durch die soeben veröffentlichten Betriebsergebnisse der Reichseisenbahnen im Jahre 1907. Die Verkeuerung der Fahrpreise hat eine alle Befürchtungen weit übertreffende Abwanderung in die unteren Klassen zur Folge gehabt.

Von 38 187 261 im Jahre 1906 hat sich die Zahl der beförderten Personen auf 41 790 720 im Jahre 1907, also um 3 600 159 = 9,4 Prozent vermehrt. Die Gesamteinnahme aus dem Personenverkehr ist in den beiden Jahren, trotz der Steigerung der Zahl der beförderten Personen mit 23 656 042 Ml. und 23 776 164 Ml. ziemlich gleich geblieben. Die Ursache für die Erscheinung liegt in der erwähnten Abwanderung der Passagiere in untere Wagenklassen. Es wurden nämlich befördert:

Wag.-Klasse	1907	Proz.	1906	Proz.
1.	239 886	= 0,57	323 866	= 0,85
2.	2 789 304	= 6,68	3 429 645	= 8,98
3.	16 107 637	= 38,51	31 882 750	= 83,49
4.	21 502 014	= 51,45	1 417 000	= 3,71

Die Einnahmen im Personenverkehr verteilen sich auf die Wagenklassen wie folgt:

Wagen-Klasse	1907	1906
1.	1 471 392	1 793 656
2.	5 010 098	5 696 368
3.	10 509 958	15 006 894
4.	6 227 092	611 935

Trotz der Steigerung der Fahrpreise sind die Einnahmen in den ersten drei Klassen, besonders stark in der dritten, gesunken. Und die enorme Steigerung der Einnahmen in der vierten Klasse — infolge der bedeutend stärkeren Benutzung derselben gegen früher — hat nur vermocht, den Einnahmefall der höheren Klassen auszugleichen. Damit ist wieder einmal schlagend bewiesen, wie unfruchtbar die Behauptung ist, der 2. Pfennig-Tarif bede die Selbstkosten der Beförderung nicht.

Letzte Nachrichten.

Protest der württemb. Kammer gegen die Licht und Weinsteuer.

Stuttgart, 20. Jan. Nach zweitägigen Verhandlungen hat die 2. Kammer sich gegen die Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuer ausgesprochen und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde. Ferner wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die württembergische Regierung bei den weiteren Verhandlungen über die Steuerreform im Bundesrat für keine dieser Steuern eintreten werde. Ein von den sozialdemokratischen und Zentrum Abgeordneten eingebrachter Antrag, der sein Behauern darüber ausdrückte, daß die württembergische Regierung diesen Steuerentwürfen zustimmt, wurde gegen Sozial-

demokraten, Zentrum und einige Mitglieder der Volkspartei abgelehnt.

Beanstandete Reichstagsmandate.

Berlin, 20. Jan. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beanstandete die Wahl des pfälzischen Zentrumsabgeordneten Spindler-Germersheim sowie des hannoverschen national-liberalen Abgeordneten von der Wense, letztere wegen Betätigung der Kriegervereine.

Das Vierstimmigenwahlrecht wird Gesetz.

Dresden, 20. Jan. Die Erste Kammer nahm heute einstimmig nach dem Vorschlag der ersten Deputation und unter Zustimmung der Regierung das Wahlgesetz in einer Fassung an, für welche die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Zweiten Kammer gesichert ist.

Ein Liebesdrama in Karlsruhe.

Ein Mord und Selbstmord hat gestern Abend die Anwohner des Werderplatzes in starke Aufregung versetzt. Die Lokomotivführerfrau Therese Vogel wurde von dem russischen Studenten Ludwig Meschalsky niedergeschossen. Dann richtete dieser die Waffe gegen sich selbst und war sofort tot. Frau Vogel hatte mit dem Studenten ein intimes Verhältnis; mit ihrem Manne lag sie in Scheidung.

Ueber die näheren Umstände teilt der Polizeibericht mit: Meschalsky kam am 3. März 1907 zwecks seines Studiums hierher und da ihm aber hierzu die Mittel nicht ausreichten, suchte er sich anderweitige Beschäftigung und war bis gestern in der Zentralheizung im Hauptpostgebäude in Stellung. Um das Verhältnis zu lösen, ging Frau Vogel vor 6 Wochen nach Freiburg, wo sie in einer Wirtschaft in Stellung trat und verlangte von ihrem Ehemann, daß er sich in eine andere Stadt verlegen lassen solle, damit sie nicht mehr hierher müsse. Vogel wollte dies aber nicht und ließ gestern seine Frau durch ihre Freundin, Frau des Briefträgers, in dessen Küche sich die Bluttat abspielen, und die auch das jüngste Kind, während der Abwesenheit seiner Mutter in Pflege hatte, abholen. Meschalsky mochte während seines hiesigen Aufenthalts zweimal bei Vogel und seit einigen Tagen bei dem Briefträger, Werderstraße 31. In dieser Wohnung wollten die Eheleute Vogel ihr jüngstes Kind besuchen und da Meschalsky mit zwei Freunden, russische Studierende, im Wohnzimmer beim Nachtessen saßen, nahmen die Eheleute Vogel in der Küche, bei der Frau des Briefträgers Platz. Meschalsky, der dies gehört haben mochte, ging ebenfalls in die Küche und machte der Frau Vogel Vorwürfe, weil sie ihm in letzter Zeit so wenig Gehör schenkte. Gleichzeitig zog er eine Brow.-Pistole aus der Tasche und gab 3 Schüsse auf Frau Vogel ab; zwei gingen fehl und einer traf sie in die rechte Brustseite. Vogel sprang von seinem Stuhle auf und ging mit diesem auf Meschalsky zu; in demselben Augenblick aber schoß er sich in die rechte Schläfe und sank tot nieder. Frau Vogel raffte sich auf und ging auf die Frau des Briefträgers, die am Fenster stand, zu, wo auch sie zusammenbrach und nach kurzer Zeit verstarb. Die Leichen wurden, nachdem der Tatbestand festgestellt war, nach der Leichenhalle verbracht.

Ausbruch eines Vulkans.

Durch den Ausbruch des in der Provinz Tanabas im Südwesten von Luzon gelegenen Vulkans Laguna wurde in der dortigen Gegend großer Schaden angerichtet. Die Ernte ist verdirbt; die Landstrassen sind unwegsam geworden. Der Ausbruch wurde durch unterirdisches Rollen angekündigt, sodas sich die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen vermochte. Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet worden.

Sieg in der 3. Klasse.

Zöhligen, 21. Jan. Die von unseren Parteigenossen aufgestellte Liste der 3. Klasse erhielt bei der gestrigen Wahl 149, die der Gegner 102 Stimmen.

Ein gräßlicher Unglücksfall

ereignete sich gestern Nachmittag in der Motorwagenfabrik von Benz u. Co. in Mannheim. Dem ledigen Arbeiter Theodor Feser wurden beim bedienen einer Maschine die linke Hand vollständig und der Daumen und der Ringfinger der rechten Hand abgerissen. Man brachte den schwer verletzten Mann per Automobil nach dem allgemeinen Krankenhaus. Das Unglück des jungen Mannes ist um so tragischer, als er sich am letzten Sonntag erst verlobt hat.

Aus dem Mädchen ein Colanders entwich

sind gestern 12 Jöglinge. Deshalb, das ist in unserem gestrigen Verichte: Menschenjähnderei in einem Mädchenheim nachgesehen. Hamburg, 21. Jan. Von den gestern Mittag aus dem Mädchenheim „Mohnsche Bildnis“ entpflanzten 12 Mädchen wurden drei hier aufgegriffen. Der verurteilte Hausvater Colander wurde aus dem Amt entlassen. Sein Vater ist aus der Direktion der Anstalt ausgeschieden.

Deutsche Politik.

Aus dem Zunkerparadies. Die Besitzerfrau Demski aus Pöstlin bei Stuhm (Westpr.) setzte den Dienstboten ständig verdorbenes Fleisch vor. Endlich wurde Anzeige erstattet. Als ein untersuchender Tierarzt den Keller, in dem das gepökelte Fleisch in einer Tonne aufbewahrt wurde, öffnete, drang ihm ein fürchterlicher Gestank entgegen. Der Arzt stellte fest, daß das Fleisch völlig verdorben war. Die Frau fand milde Richter. Drei Monate Gefängnis wurde als ausreichende Buße für das Attentat auf die Gesundheit ihres Dienstpersonals angesehen.

Und trotz solcher Zustände jammern die Agrarier noch über Leutenot.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Dienstag die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. — Für das Patentamt werden an Ausgaben 4 790 890 Mark (233 915 Mk. mehr als im Vorjahre) gefordert. Die bemängelte Vermehrung der Zahl der Beamten wurde von den Regierungsvorstellern mit der starken Zunahme der Patentanmeldungen begründet. Aus den Kreisen der Industrie wurde lebhaft Klage darüber laut, daß die Patentämter zu langsam bearbeitet würden. Der Staatssekretär gab zu, daß das Patentwesen in Deutschland mangelhaft sei. Das Reichsamt des Innern arbeite eifrig an einer gründlichen Reform des Patentwesens. Auch der schwerfällige Apparat des Patentamts mit seinen mehr als 1000 Beamten bedarf der Reorganisation. Lange Auseinandersetzungen über die Anstellungsfähigkeit der Diätare im Patentamt folgten. Ein Antrag Sedwitzer (Frp.) wollte — Unterbrechung von Grundfragen, die von der Kommission erst vor ein paar Tagen aufgestellt worden waren — den Wünschen einzelner Beamten Rechnung tragen. Nachher u. a. auch Gen. Singer gegen solche Willkürlichkeit protestiert hatte, fielen die Freisinnigen mit ihrem Antrag ab. Gelesen wurden 4 Kandidaten, wovon 4000 Mk. gespart werden. Ferner wurden 3800 Mk. bei dem Titel „Bauskosten“ gespart. Die Ausgaben für das Reichsversicherungsamt in Höhe von 2 280 000 Mk. wurden debattelos bewilligt. Für das Kanalamt werden 2 898 462 Mk. gefordert. 26 000 Mk. davon wurden gestrichen.

Ein neues Landtags-Diätengesetz in Sachsen. In dem Entwurf über die Entschädigung an die Landtagsabgeordneten ist vorgesehen, daß eine Pauschalsumme von 3000 Mark für die Session gezahlt wird. Die Summe wird in verschiedenen Raten, ähnlich wie beim Reichstag, ausbezahlt; die Mitglieder, die am Orte der Tagung, also in Dresden, wohnen, erhalten die Hälfte der Summe. — Für jede veräumte Sitzung werden 15 Mk. für die in Dresden wohnenden Mitglieder die Hälfte abgezogen.

Russland.

Die Marokkoaffäre in der Kammer. Die Taktik unserer französischen Genossen ging seit dem Vorhandensein dieser Affäre darauf hinaus, geheime Winkelzüge der Regierung, verborgene Manöverchen, die der friedlichen Lösung der Frage hindernd im Wege gestanden hätten, unmöglich zu machen. Aus dieser Taktik erklären sich die unglücklichen Anfragen, die Jaures schon in der französischen Kammer zu diesem Thema eingebracht hat. Und man darf als sicher annehmen, daß schon mancher ible Streich allzuträglichem Generäle dadurch vereitelt wurde. Auch zur jetzigen Kammereröffnung hatte Jaures eine Marokko-Interpellation eingebracht. Seine große Rede, mit der er die Interpellation begründete, beendete er in der Montags-Sitzung. Der Minister des Auswärtigen, Richon, erwiderte ihm. Was Genosse Jaures über diese Erwiderung denkt, geht aus einem kurzen Artikel hervor, den er in der Dienstagsnummer der „Humanité“ veröffentlicht. Er schreibt darin:

„Wenn Herr Richon Wort hält und die Kammer über die Durchführung der feierlichen Verpflichtungen, die er übernommen hat, wacht, darf man sagen, daß die marokkanische Interpellation, die so unfruchtbar und so gefährlich war, ihr Ende erreicht hat. Er sprach mit einem freundschaftlichen

Zusammenhang mit dem neuen Sultan und betonte die Notwendigkeit, daß nichts in Marokko geschehen dürfe, ohne Einverständnis mit ihm, selbst auf der östlichen Grenze nicht. Er erklärte, daß die Herstellung seiner Autorität in einem unabhängigen Marokko absolut notwendig sei und daß nichts geschehen dürfe, was das Vertrauen der Marokkaner erwecken dürfe. . . . Er erklärt, daß die einzige Bedingung für den Abzug unserer Truppen die sei, daß der Sultan die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen würde und er wird sie sicher übernehmen, da er sie schon überall hergestellt hat. Herr Richon machte aus diesem sparten Bericht, der so viel gefährliche Stellen enthielt, und eine neue Agression Interventionen in Marokko eröffnen konnte, eine Serie von Hypothesen über die zukünftige Herstellung von Wegen und Straßen und er versprach noch einmal in der formellsten Weise, daß nichts in diesem Sinn getan werden sollte, als nach einer lokalen Uebereinkunft mit Muley Hafid. . . . Ich habe allen Grund, nach der gestrigen Sitzung zu hoffen, daß unsere Bemühungen nicht unfruchtbar waren und daß wir die französische Aktion von einer fürchtbaren Zweideutigkeit befreit haben und das internationale Terrain von einem bezweifelten und gefährlichen Abenteuer.“

Serbien.

Eine Zirkularbescheid will die serbische Regierung demnächst an alle Signatarmächte des Berliner Vertrages richten, in welcher sie die Forderungen nach solchen territorialen Entschädigungen stellen will, die eine geographische Vereinigung Serbiens und Montenegros sowie den Bau einer an der adriatischen Küste endenden Bahn ermöglichen, die ausschließlich durch serbisch-montenegrinisches Gebiet geführt werden soll.

Rußland.

Russische Pressefreiheit. Im Verlauf des Jahres 1908 wurden in verschiedenen Städten Rußlands inhiert 73 Presseorgane, von denen 56 in russischer, 9 in polnischer, 3 in grussischer, 2 in litarischer, 2 in deutscher und 1 in jüdischer Sprache erschienen. Von allen diesen Organen wurden nur 14 auf Gerichtsbescheid, alle anderen aber auf administrativem Wege auf Grund des Ausnahmezustandes eingestellt. In Petersburg allein wurden eingestellt 28 Presseorgane, darunter 9 Gewerkschaftsblätter. In Strafen wurden auf administrativem Wege erhoben circa 100 000 Rubel (120 Fälle), darunter in Petersburg 23 000 Rubel und in Moskau 24 000 Rubel.

China.

Kein Systemwechsel. Dem englischen und dem amerikanischen Gesandten wurde vom Prinzen Tschung die Versicherung gegeben, daß die Entlassung Yuanhschifais keine Aenderung der chinesischen Politik bedeute.

Badische Politik.

Eine fastige aber wohlverdiente Abfuhr hat die „Volkstimme“ dem „Bad. Beobachter“ zuteil werden lassen. Der Zentralwaldmichel hegt seit Wochen gegen die „Revisionsisten“, speziell aber gegen den Gen. Kolb, der als „Abfänger“ bei den Kandidatenaufstellungen die Hände im Spiel haben soll. Natürlich drückt die ganze Waldmichel die diese Geistesart nach. Zwar weiß die Redaktion des „Bad. Beobachter“ — wir trauen ihr wenigstens soviel Intelligenz zu — daß die Kandidatenaufstellung in der sozialdem. Partei in Gemäßheit unserer demokratischen Prinzipien erfolgt und daß jeder Wahlkreis es sich und zwar mit Recht entschieden verbitten würde, wenn Genosse Kolb sich in seine Kandidatenfrage einmischen wollte. Anders liegen die Verhältnisse dagegen beim Zentrum und die „Volkstimme“ erinnert den „Bad. Beob.“ mit Recht an das bekannte Sprichwort, man suche niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst schon dahinter gefessen hat. Was speziell die Kandidatur G e d in Forzheim betrifft, so haben die Erklärungen des dortigen Wahlkomitees wahrhaftig deutlich genug gezeigt, daß hier keinerlei Heimlichkeiten im Spiele sind. Neuerdings wird

auch unser Genosse G o r s t in Durlach als einer der von Kolb „Abgefägten“ bezeichnet und dies, obwohl es nicht schwer fallen kann, den Grund ausfindig zu machen, warum von einer Wiederaufstellung unseres Genossen G o r s t Abstand genommen werden mußte. Über der Zweek heiligt die Mittel. Der Zweek, den die Zentrumsprelle mit dieser Gehe gegen die „Revisionsisten“, speziell mit der gegen Kolb im Auge hat, ist aber so durchsichtig und die Mittel, mit welchen sie praktiziert wird, sind so läppisch, daß sie sich nicht lohnt, im einzelnen jedesmal zu antworten. Es genügt zu konstatieren, daß die badische Sozialdemokratie sich dadurch nicht im geringsten irritieren läßt.

Die Taktik der Waldmichelprelle

eröffnet „angenehme“ Aussichten für den kommenden Wahlkampf. Ueberall jetzt jetzt schon eine perfide persönliche Gehe ein. So brachte das ultramontane „Heubergers Volksblatt“ dieser Tage in F e t t d r u d ein angelegliches Telegramm aus Konstanz folgenden Inhalts: Konstanz, 18. Jan. (Tel.) Hier geht das Gerücht, die Sozialdemokratie werde den Verleger des „Oberbad. Grenzboten“ und des Amtsverklündigers für den Bezirk M e h r i c h, Herrn J o s e f S c h ö n e b e d in M e h r i c h, als Kandidaten für die nächste Landtagswahl im Bezirk M e h r i c h-Stodach aufstellen, aus Dankbarkeit dafür, daß derselbe der sozialdemokratischen Presse schon in ganz hervorragender Weise Vertrauensdienste geleistet habe.

Diese perfide Mache hat zunächst den Zweek, den Verleger des „Grenzboten“ geschäftlich zu schädigen und ihn beim Ministerium zu demontieren. Sodann aber glaubt das Zentrum, mit dieser abscheulichen Gehe auch politische Geschäfte machen zu können. Da kann man nur sagen: P f u i T e u f e l !

Ein Stimmungsbild aus dem nationalliberalen Lager bringt der in M e h r i c h erscheinende „Grenzbote“. Es heißt da:

Als damals die Wahl Obfirkers zum Parteichef bekannt wurde, da ging es wie ein frischer Hauch durch die Liberalen. Obfirkers, der radikale Gegner des Zentrums, der freiwillige Mann! Und heute! Eine Art Kasernenstimmung überkommt einem, wenn man das eifrige Bemühen der Parteiteilung erkennt, es ja nicht mit der Regierung zu verderben. Also politische Selbstmordgedanken, unbedeutend. Wohin soll das führen? Das Volk, wenigstens im Oberland und besonders im Seckreis zieht nach links, die Leitung pfeift nach rechts. Im Volk immer mehr Vertiefung in demokratische liberale Ideen, Sehnsucht nach möglichst großer politischer Freiheit im Gefühl der immer mehr reiferen politischen Erkenntnis und oben völlige Unkenntnis dieser Tatsachen und ängstliche Beforgnis, Regierungspartei zu sein im schlechten Sinne. Denn letzteres wäre ja schließlich im besseren Sinne zum Wohle des Volkes und im letzten Grunde geht die liberale Politik ja darauf hinaus, regierungsfähig zu sein und zu bleiben, aber das sollte in dem Sinne sein, daß man solches auch in den Willensbedingungen der Regierung erkennt. Statt dessen erkennt man das Gegenteil. Die liberale Politik der letzten Jahre beginnt zu erlaffen, trotz der Fußstapfen, in die man treten wollte. Lächerliche Sozialistenfurcht überwiegt kühle Ueberlegung. Aengstliches Umherschaun, wo man sich anklammern kann und mit Schauern sieht man sich dem mit offenen Armen bereitstehenden hühnisch blinzelnenden Zentrum gegenüber. Und man will doch nicht. Und will aber auch dem liberalen Geiste nicht wie bisher weitere Konzessionen machen, denn wohin sollte das führen. Verwirrung, Schwäche und Unentschiedenheit. Da wäre es eine befreiende Tat, wenn der gesamte Liberalismus hier in entscheidender Weise klaren Tisch machen wollte. Dazu aber ist Einigkeit notwendig, aber nicht nur auf Kosten der Kleinen.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Aber vielleicht äußert sich die „Bad. Wandesztg.“ zu dieser Epistel aus dem eigenen Lager.

Zwei Parteisekretäre

hat jetzt die konservative Partei Wadens, während das nationalliberale Parteisekretariat zurzeit unbesetzt ist. Das ist auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der Situation.

Problematische Naturen.

Roman von F. r. Spielhagen.

(Fortsetzung.)

Und das Vermögen ist ein Majorat? Et gewiß! Mit Ausnahme, wie gesagt, von zwei der schönsten Güter, welche dem verstorbenen Baron, dem Vetter des jetzigen, durch Erbschaft von der Mutter Seite zuzufallen und in dem Testamente auf eine gar besondere Weise verlausuliert sind. Denken Sie sich nur, lieber Freund, daß der verorbene Baron, der ganz unter uns gesagt, eine überaus wüste, unbändige Natur war, diese Güter dem Sohne einer seiner Naitreffen vermacht hat.

Aber Sie rechnen doch vorhin die beiden Güter mit zu dem Vermögen der Familie, sagte Oswald.

Nun, unter uns kann man es immerhin, sagte der Pfarrer, Oswald näher rückend, in leiserem Tone. Denn kein Mensch weiß, wo dieser Knabe lebt, ja, ob er überhaupt lebt, ja nicht einmal, ob es wirklich ein Knabe oder ein Mädchen ist.

Das ist ja eine kuriose Geschichte, sagte Oswald lachend. Eine äußerst kuriose Geschichte, sagte der geistliche Herr; eine lächerliche Geschichte, wenn Sie wollen. Denken Sie nur: der Baron Karal — sie haben alle sonderbare Namen in der Familie — jener unbändige Mann, der zur Zeit der heiligen Behme hätte leben müssen, entbrennt in heißer Liebe zu einem armen Pürgermdchen — ein Fall, der in seinem Leben freilich oft vorgekommen sein mag, aber niemals solche üblen Folgen hatte. Er entführt sie, halb mit Gewalt, hierher auf sein Schloß. Nach einem halben Jahre entflieht sie bei Nacht und Nebel. Ob sie ihre Schande auf dem Grunde eines unserer tiefen Moore verborgen hat, ob sie wirklich nur entflohen ist, niemand weiß es. Der Baron ist außer sich, rasend. Er durchsucht vergebens die ganze Insel. Am meisten Gram und seine Gewissensbisse zu betäuben, trinkt und spielt und lebt er noch wilder wie gewöhnlich, so daß er denn ein paar Wochen später im Delirium stirbt. Als man das Testament eröffnet, findet man nun, daß er in einer Amandlung von Neve, oder aus Kapripze, wie Sie wollen, dem Kinde jener seiner Geliebten, gleichviel ob Knabe oder Mädchen, falls es nur bis zu dem und dem bestimmten Datum die beiden herrlichen Güter, der

Dirne selbst aber den Mißbrauch des Vermögens auf Lebenszeit vermachte hatte. Wie finden Sie das?

Jedenfalls eignet sich die Geschichte mehr zu einer Tragödie als zu einer Komödie, sagte Oswald. Und hat man nie eine Spur von Mutter und Kind entdeckt? Niel obgleich testamentarisch — es ist wahrhaftig ein wahrer Skandal, und ich bedaure die gnädige Baronin von ganzem Herzen — alljährlich die Verschollene in sämtlichen Blättern der Proving aufgefördert wird, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Wie lange spielt die Geschichte nun? So ein zwanzig Jahre und darüber.

Da ist doch wohl kaum denkbar, daß die Arme noch am Leben ist.

Es denkt auch niemand mehr daran, sagte der Pastor. Grenwoikens würden auch nicht wenig verwundert sein, wenn plötzlich so ein junger Landstreicher sich als ergebenster Neffe vorstellte und die beiden Güter und die Zinsen seit zwanzig Jahren für sich beanspruchte, um so mehr, als die gnädige Baronin, die von Hause aus — ganz unter uns gesagt — keinen roten Pfennig Vermögen hat, nach dem Tode des Barons, da die Grenwoikenschen Besigungen, Gott sei Dank, Majorat sind, samt ihrer Tochter so arm sein würde, als sie vor ihrer Vermählung war.

Sie sind ein großer Freund der Majorate?

Et gewiß! Ich halte es für ein Glück, daß so bedeutende Vermögen nicht durch Erbteilung zersplittert werden können, und so eine Aristokratie reicher Grundbesitzer möglich wird, die gleichsam ein Bollwerk sein kann für das Staatschiff in Zeiten der Gefahr, die Gott noch lange abwenden möge von unserm teuern Vaterlande.

Nun, sagte Oswald, das Ding hat, wie alle andern, seine zwei Seiten.

Wer wollte sich das verhehlen, sagte der geschmeidige Pastor. Aber ich für meinen Teil habe zu lange die Ehre und das Glück gehabt, mit reichen, und in der schönsten Bedeutung des Wortes adeligen Familien zu verkehren, als daß ich nicht gewissermaßen ein Anhänger der Aristokratie sein sollte; und überdies habe ich neuerdings nur zu trübe Erfahrungen darüber gemacht, wie sehr der Besitz in den Händen des Plebejers, um mich dieses historischen Ausdruckes zu bedienen,

Eitelkeit, Hoffart und weltlichen Sinn hervorruft und begünstigt.

Es tut mir leid, von meinen Freunden so etwas hören zu müssen, sagte Oswald.

Von Ihren Freunden? sagte der Pastor verwundert.

Von meinen Freunden, allerdings. Denn ich fand mich stets, ohne zu wollen und manchmal ohne es zu wissen, wo immer in der Gesellschaft der große Gegensatz zwischen Aristokraten und Plebejern hervortrat, auf Seite der letzteren. Ich war ein geschwornener Anhänger der Gracchen und anderer römischer Demagogen; ich schlug mit den Inpedenten gegen die Cavaliere, und ich gestehe, daß ich in den Wauerntritten viel mehr Sympathie gehabt habe für die armen, unterdrückten, geduldeten, geknechteten und in Folge dieser brutalen Behandlung meinetwegen auch brutalen Bauern, als für die hochmögenden, reichsfreiherrlichen und trotz und vielmehr wegen all' der Freiheit und Herrlichkeit nicht minder brutalen Grafen und Barone.

Der Pfarrer hörte diese Rede mit jenem ungläubigen Lächeln an, mit dem man dem Dramatistieren junger Gesellschaften zuhört, die sich gegen den Anstrich von vollendeten Müßlingen geben möchten.

Sehr gut, sehr gut! sagte er. Ja, ja, wir geistreichen Leute gefallen uns in Paradoxen. Das steht uns noch von den ästhetischen Leeb der Aesideng an, und da wollen wir hübsch in der Lebung bleiben, wenn uns zurzeit nur ein armer Landpfarrer hört.

Ich verführe Sie, Herr Pastor — Weiß schon, weiß schon! Aber leben Sie erst einmal, wie ich, fünf Jahre lang unter Bauern! Glauben Sie, daß ich in der ganzen Zeit die Leute habe bewegen können, eine Glode für unser Gotteshaus zu kaufen, die anzuschaffen sie noch dazu verpflichtet sind? Aber, wenn es darauf ankommt, einen Schmaus herzurichten und andere weltliche Zwecke in's Werk zu setzen, schickt es nie an Geld.

Nun, sagte Oswald, der Adel hiesiger Gegend ist auch nicht eben wegen seiner Mächtigkeit berühmt.

Der Adel, lieber Freund! das ist etwas ganz anderes. Seine Devise ist und muß sein: leben und leben lassen. Aber, Sie wissen, eines schickt sich nicht für alle.

Und manches schickt sich für keinen, fügte Oswald hinzu. (Fortsetzung folgt.)

Die Einnahmen der badischen Staatsbahnen

betragen im Monat Dezember 1908 geschätzterweise insgesamt 7 372 990 M., davon entfallen auf den Personenverkehr 1 866 940 M., auf den Güterverkehr 4 430 110 M. und auf sonstige Einnahmen 1 260 040 M.

Tagung der Landwirtschaftskammer.

In den Tagen vom 3. und 4. Februar ds. Jz. hält die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, im großen Rathhause, ihre dritte ordentliche Tagung ab.

Eine größere Anzahl Lehrer

mit 35-40 Dienstjahren ist mit dem 15. Januar in den Bezugs des 2800 M. betragenden Höchstgehaltes gekommen.

Als Kandidat der Nationalliberalen u. Jungliberalen

für den Landtagswahlkreis Durlach-Stadt ist Herr prakt. Arzt Dr. Jakob Leuzler hier nominiert worden und auch die Demokraten und Freijünglinge werden ihn wählen.

Im Bezirk Heidelberg-Land

stellen die Konservativen den Parteisekretär Schmidt in Heidelberg als Kandidaten auf. Im Jahre 1905 erhielten im ersten Wahlgang der sozialdemokratische Kandidat Genosse Pfeiffle 1315, der nationalliberale Kandidat 1283, der Zentrumskandidat 1235 und der antijemittische Kandidat 822 Stimmen.

Studentenposten.

Aus Freiburg wird berichtet: Auf Antrag der hiesigen Burschenschaft „Leutoria“ hat laut „Freisg. Bzg.“ die deutsche Burschenschaft mit großer Mehrheit beschlossen, vom kommenden Semester ab jedes Semester zehn ihrer Mitglieder mit einer monatlichen Unterstützung von je 50 Kronen zum Besuch der deutschen Universität in Prag zu entsenden, um auf diese Weise zur Stärkung des dortigen Deutschtums beizutragen.

Dieser Beschluß trägt weniger zur Stärkung des Deutschtums, als zu neuen chauvinistischen Erzfessen bei. Es ist bezeichnend für die politische Entartung der deutschen studentischen Burschenschaften, die einstmal Blut und Leben für Freiheit und Demokratie opferten, daß sie heute den chauvinistischen alldemokratischen Schreibern nachlaufen und sozusagen deren Kerntruppen bilden.

Waldbühn.

In der Redaktion des hiesigen Waldmichel ist vor einiger Zeit ein Wechsel eingetreten. Der frühere, auch bei den politischen Gegnern geachtete Redakteur war offenbar nicht demagogisch genug.

Waldführ.

In der heutigen Nummer des „Freisg. Volksblatt“ stellt der Vorstand des Gesangsvereins „Eintracht“ fest, daß er und sämtliche 30 Mitglieder des Vereins weder direkt noch indirekt mit den Denunziationsartikeln was zu tun haben.

Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, 18. Januar.

Erster Verhandlungstag.

Im Auftrage des Zentralkomitees der Tabakarbeiter Deutschlands eröffnete Kollege Woerner den Kongreß mit einem Rückblick auf die Entwicklung der Tabakindustrie. Redner streift die Pläne, die die Regierung seit dem Jahre 1879 mit dem Tabak verfolgt hat und daß nur der energische Protest der Tabakarbeiter bisher verhindert habe, daß dem Tabak größere Belastung zuteil wurde.

Hierauf wird die Wahl des Bureaus vorgenommen; dasselbe wird aus allen Verufen, die mit der Tabakindustrie verknüpft sind, zusammengesetzt.

„Die Vernichtung der Tabakindustrie nebst ihren Nebengewerben durch die seitens der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks.“ Der Grundgedanke des Referats ist in der zur Annahme empfohlenen Resolution niedergelegt.

„Der in Berlin im Gewerkschaftshause tagende Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands und der in den Südkongressen der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter erblickt in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie.“

Nach den Erfahrungen in anderen Ländern hat dort die Vandalensteuer die Entwicklung der Industrie gehemmt. In Rußland sind von einer Zigarrenindustrie überhaupt kaum bemerkenswerte Anfänge vorhanden; in den Ver. Staaten von Nordamerika ist die Industrie in ihrer Entwicklung gegenüber Deutschland um ca. 30 Proz. zurückgeblieben.

Der Tabakarbeiter-Kongreß spricht sich auch mit derselben Entschiedenheit gegen eine Erhöhung des Zolls auf ausländischen Rohabak und der Inlandssteuer aus. Die Wirkungen einer Zoll- und Steuererhöhung in irgend einer Form würden für die Arbeiter der Industrie genau so schlimm sein, wie bei Einführung der Vandalensteuer.

Genau wie nach der Zollerhöhung von 1879, würden wiederum Zehntausende von Arbeitern brotlos gemacht werden; die in Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei vermindelter Arbeitszeit arbeiten und könnten sich eines Lohnrückganges, der durch das enorme Angebot von Arbeitslosen begünstigt würde, nicht erwehren.

Nach den Feststellungen sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der Verdienst eines Sollarbeiters im Jahre 1906 1027,59 M. Dagegen erwidert in demselben Jahre der Durchschnittsverdienst eines Sollarbeiters in der Tabak- und Zigarrenindustrie nur die Höhe von 574,75 M., d. h., die Tabakarbeiter sind um 44 Proz. ungünstiger gestellt, als die übrigen Arbeiter Deutschlands.

Während sich in der Periode der Hochkonjunktur der Industrie der Durchschnittsverdienst im allgemeinen um 131 M. pro Arbeiter steigerte, stieg er bei den Tabakarbeitern nur um 33,67 M. Bei den so außerordentlich trüben Erwerbsverhältnissen der Tabakarbeiter, vor allem aber angesichts der in der Tabakindustrie so zahlreich beschäftigten Krüppel und schwächlichen Personen, die in keiner anderen Industrie Arbeit finden könnten, würde es geradezu eine grausame Härte sein, wenn der Reichstag durch Zustimmung zur Vandalensteuer oder irgend einer anderen Zoll- und Steuererhöhung andauernd große Arbeitslosigkeit für diese armen Arbeiter bewirkt und damit zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Erwerbsverhältnisse beitragen würde.

Trotz der drohenden Zustände sei es durchaus nicht sicher, ob der Reichstag nicht doch in eine höhere Besteuerung des Tabaks einwillige. Redner kritisiert ferner die Stellung der verschiedenen Parteien zum Tabakbesteuerungs-Projekt. Selbst jene Parteien, die bei früheren Anlässen nicht für neue Belastungen zu haben waren, sind heute schwankend und neigen dazu, dem Gewichtszoll gegen die Vandalensteuer zuzustimmen; denn das Reich braucht Geld und da spielen die Interessen breiter Volksschichten keine Rolle. Abg. Trimborn in Köln hat diese Worte zu einer Deputation der Arbeiter gesprochen. Daraus ergibt man, was vom Zentrum zu erwarten ist. Verlaß in dieser Frage ist nur auf die Sozialdemokratie und die Polen; diese haben klipp und klar erklärt, daß sie gegen jede Besteuerung des Tabaks stimmen. Auch die Handelskammern stehen, mit Ausnahme der Bremer und Berliner, der Einführung eines Gewichtszolles sympathisch gegenüber. Die Handelskammer für Weiskalen habe sogar erklärt: „Sollte der Konsum auch zurückgehen infolge der Belastung, so sei dies im Sinne der Volksgesundheit gut.“ Redner erinnert an die Hungerjahre, die nach der Besteuerung des Tabaks im Jahre 1879 über die Tabakarbeiter hereingebrochen sind und die Arbeiter konsumunfähig im allgemeinen gemacht haben. Dies bedeute aber kein Steigern der Kultur, sondern ein Niederhalten derselben. An der Entwicklung der Zigarettenindustrie nach Einführung der Vandalensteuer erläutert Redner die Folgen jeder Neubesteuerung des Tabaks. Darnach hat jede Verfestigung der Tabakfabrikate einen Lohnrückgang zur Folge. Redner schließt seinen instruktiven Vortrag mit den Worten: Wird die Neubesteuerung des Tabaks beschlossen, dann begeht der Reichstag ein Verbrechen an der Tabakarbeiterchaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Schwurgericht.

Karlsruhe, 20. Jan.

5. Meineid.

Vor dem Schwurgerichte gelangte heute unter dem Vorstehe des Landgerichtsdirektors Dixr eine Meineidsanfrage zur Verhandlung. Zum Geschworenenstande in diesem Falle wurden durch das Los bestimmt die Geschworenen Privatier Romberg, Gastwirt Wildt, Privatier Schuler, Ingenieur Pfescher, Dolmetschfabrikant Dittelhorst, Fabrikant Gersiner, Kaufmann Schumacher, Kassier Müller, Buchhändler Hötzel, Fabrikant Naifsch, Stadtrat Oerttag und Fabrikant Pöttinger.

Die Anklage wegen Meineids richtete sich gegen den im Jahre 1881 geborenen

Maurer Josef Schindwein

aus Wellheim, zuletzt in Pforzheim wohnhaft. Er wurde beschuldigt, am 26. März vor der Strafkammer IV. in Karlsruhe als Zeuge in der Privatklage der Glasfenstermacherin Bendor in Pforzheim gegen den Wirt Kastner daselbst wegen Verleumdung einen Meineid geleistet zu haben, indem er unwahrheitsgemäß angebe, er habe gesehen, wie in dem Viktualienladen des Silberarbeiters Fechter in Pforzheim Frau Bendor dem Fechter auf dem Schoß geessen sei, sich von diesem in unabhängiger Weise habe betastet lassen und er habe gehört, daß die Frau des Fechter, welche diesen Vorgang mitangegeben, zu ihrem Manne sagte: „Gelt Alter, das gefällt dir, das ist etwas anderes“; indem er weiter ausfagte, es seien im Laden des Fechter zwei Stühle gestanden, während sich in dem Laden überhaupt keine Stühle befinden.

Auf die Anklage erklärte Schindwein, daß er bei seiner Zeugeneinnahme vor der Strafkammer die Unwahrheit nicht angegeben habe. Was er gesagt, entspreche der Wahrheit. Der Verfall zwischen der Frau Bendor und Fechter habe sich Ende Oktober oder anfangs November 1907 abgepielt. Er sei damals öfter in den Laden des Fechter gekommen und habe in dessen Küche Bier getrunken. Um jene Zeit habe er bei Fechter, der auch eine Kofstgeberei für Arbeiter betreibt, angefragt, ob er gleichfalls Kofst erhalten könne. An jenem Tage, an welchem dies geschehen, sei die Sache zwischen Fechter und Frau Bendor passiert. Es seien damals zwei Maurer namens Stein und König bei ihm gewesen, die seine Angaben bestätigen könnten. Aus dem weiteren Verhöre des Angeklagten ging hervor, daß er ein ziemlich getrübbtes Vorleben hat. Er wurde schon wiederholt wegen verschiedener Straftaten verurteilt und führte auch in sittlicher Beziehung ein keineswegs einwandfreies Leben; er ist Vater mehrerer unehelicher Kinder. Auf Befragen mußte der Angeklagte ferner zugeben, daß er am 26. März, dem Tage, an dem vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung stattfand, von Kastner freigehalten wurde. Dieser bezahlte vor der Verhandlung Glühwein und zeigte sich auch nachmittags bei einem Ausflug nach dem Rheinhafen und in hiesigen und Pforzheimer Wirtschaften äußerst freigeigig. Abends nach der Rückkehr nach Pforzheim wurde in der Wirtschaft des Kastner noch ein Geißbock verzehrt, der auf telephonische Bestellung von Karlsruhe aus hergerichtet worden war. Aus der Vorgeschichte zu der gegen Schindwein erhobenen Anklage war zu entnehmen, daß Anfang des vorigen Jahres die Ehefrau des Glasfensterers Bendor gegen den Wirt zum „Englischen Hof“, Kastner, bei dem Amtsgericht Pforzheim Klage wegen Verleumdung erhob. Anlaß zu dieser Klage gab eine verlegende Aeußerung, die Kastner am 1. Januar 1908 gegenüber einer Frau Heß mit Bezug auf die Frau Bendor getan hatte. Er soll an jenem Tage zu Frau Heß, die von Frau Bendor in einer geschäftlichen Angelegenheit zu ihm geschickt worden war, gesagt haben: „Die Frau Bendor fährt, seit ihr Mann stirbt, mit Mannleuten herum und hatte nachts einen bei sich gehabt.“ Der Mann der Bendor war, was des Verhältnisses wegen hier eingeschaltet werden muß, im Dezember 1907 wegen Sittlichkeitsverbrechens von der hiesigen Strafkammer zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden. Kastner war mit Bendor bekannt und hand mit ihm auch in geschäftlichen Beziehungen. Die Frau Heß trug der Frau Bendor die beleidigenden Aeußerungen an und diese strengte daraufhin eine Klage gegen Kastner an. Am 15. Februar hand dieselbe vor dem Schöffengericht Pforzheim zur Verhandlung. Auf Grund der Aussagen der Frau Heß verurteilte das Gericht den Kastner zu 50 M. Geldstrafe. Bei dieser Entscheidung ließ es Kastner nicht, sondern rief die Berufungsinstanz, die Strafkammer, an. Seine Berufung begründete er damit, daß er über Frau Bendor nichts gesagt habe; nicht von ihm, sondern von seiner Frau sei über Frau Bendor gesprochen worden. Das aber, was behauptet wurde, sei wahr. Hierfür rief Kastner mehrere Zeugen an, unter diesen den heutigen Angeklagten Schindwein. Einer der Zeugen, ein in dem Hause beschäftigter Bader, in welchem Frau Bendor wohnte, sollte angeben können, daß dieselbe öfter zu später Nachtstunde sich von Mannspersonen heimbegleiten ließ, und Schindwein war dafür angerufen, daß die Frau Bendor sich mit Mannleuten abgebe. In der am 26. März vor. Jz. vor der Strafkammer als Berufungsinstanz durchgeführten Verhandlung machte Schindwein die schon des Näheren mitgeteilten Angaben über die Frau Bendor, die eine Freundin der Frau Fechter ist und oft in deren Familie kam. Diese Angaben sind nach der erhobenen Anklage unwahr und von dem Angeklagten erfunden, um dem Kastner, der Schindwein öfter kreditierte und bei dem er eine größere Schuld hatte, gefällig zu sein. Nachdem Kastner vom Schöffengericht verurteilt worden war, bildete dieser Verfall unter den Händen des Kastner, zu denen auch Schindwein gehörte, Gegenstand der Unterhaltung. Eines Tages bot Schindwein sich dem Kastner als Zeuge an und sagte ihm, er könne manches über Frau Bendor sagen, von der er etwas bei Fechter gesehen habe. Er machte dann dem Kastner Mitteilungen, die diesen bestimmten, Schindwein als Zeugen laden zu lassen. Die Verhandlung vor der Strafkammer endete mit der Freisprechung des Kastner. Das Gericht gelangte zu diesem Erkenntnis nicht durch die Aussagen des Schindwein, sondern deshalb, weil es die Aussagen der Frau Heß nicht für vollständig zuverlässig hielt und annahm, es könne wohl möglich sein, daß nicht Kastner, sondern dessen Ehefrau die den Gegenstand der Privatklage bildenden Aeußerungen getan haben könnte. Nach diesem Ausgang ihrer Klage erkrankte Frau Bendor anfangs April gegen Schindwein zu Anzeige wegen Meineids. Schindwein wurde daraufhin zu einer Einvernahme vorgeladen, konnte aber nirgends gefunden werden, da er gleich nach der Karlsruhe Verhandlung aus Pforzheim verschwunden war. Sein Aufenthalts wurde erst anfangs September in Virmasens ermittelt; dort erfolgte am 9. September seine Verhaftung.

Um 1 Uhr trat eine längere Mittagspause ein.

Am 8 Uhr wurde die Verhandlung fortgesetzt. In der Zeugenaufnahme gelangte zunächst eine Anzahl von Leumundzeugen zur Abhör. Sie bezeugten nichts Gutes über den Angeklagten; er wurde als ein lügenhafter Mensch geschildert, der in keinem guten Aulse stehe. Die Zeugen Stein und König, die der Angeklagte sich berufen hatte und die den Vorgang zwischen der Frau Bendor und Fechter gleich ihm gesehen haben sollten, mußten nichts angeben, was die Behauptungen Schindweins in irgend einer Weise bestätigte. Beide erklärten, daß sie von einer Szene, wie sie von dem Angeklagten erzählt wurde, nichts wüßten. Andere Zeugen gaben an, daß in dem Laden des Fechter nie ein Stuhl gestanden hat, da die Raumverhältnisse zu eng waren, um einen solchen irgendwo unterzubringen. Es sei deshalb die Aussage des Schindwein vor der Strafkammer, daß im Laden zwei Stühle gewesen seien, nicht richtig. Die Zeugen, welche an dem von dem Angeklagten dargelegten Vorgange in dem Fechterschen Laden beteiligt gewesen sein sollten, bestritten auf das Entschiedenste, daß etwas derartiges vorgefallen sei. Die Zeugeneinnahme dehnte sich bis gegen 6 Uhr abends aus. Nach deren Beendigung gab der Vorsitzende den Fragebogen bekannt, der zwei Fragen enthielt, eine Schuldfrage wegen wissentlichen Meineids und eine Schuldfrage wegen fahrlässigen Meineids.

Staatsanwalt Dr. Rudmann würdigte in seiner Begründung der Anklage die Ergebnisse der Gemeisenaufnahme in eingehender Weise und gelangte dabei zu dem Schlusse, daß der Angeklagte voll überführt sei, seine vor der Strafkammer gemachten Angaben frei erfunden zu haben, um sich dem Koftner gefällig zu zeigen. Er stellte an die Geschworenen den Antrag, die Schuldfrage nach dem wissentlichen Meineid zu bejahen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Hug, plädierte auf Vergebung der zweiten Frage.

Die Geschworenen gaben ihr Verdikt nach dem Antrage des Staatsanwaltes ab, wotauf der Angeklagte zu einer

Zuchthausstrafe von 1 Jahr 8 Monaten, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, verurteilt wurde. Zugleich erkannte das Gericht auf 5 Jahre Ehrverlust und dauernde Zeugunfähigkeit des Angeklagten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Jan.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung 1.20 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht der sozialdemokratische Antrag betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsvertrags der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des landwirtschaftlichen Gesindes.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die heutige Regelung all dieser Fragen ist durchaus unzulänglich. Sie kommt fast einer Rechtsverweigerung für die großen Kreise der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter gleich. Das Koalitionsrecht, das der industrielle Arbeiter heute unbeschränkt besitzt, muß auch den ländlichen Arbeitern gegeben werden. Eine reichsgesetzliche Regelung ist nötig, weil auf dem Wege der Landesgesetzgebung doch nichts zu erreichen ist. Daß man nichts längt zu einer Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter gekommen sei, sei nur die Schuld des Zentrums. Die Gesetze für das Gesinde sind gänzlich veraltet, und an ihren Härten ist nicht das Mindeste geändert worden, auch nicht durch preussische Ausführungsverordnungen. Wer soziales Empfinden hat, muß unseren Antrag annehmen, denn er ist eine dringende, brennende Notwendigkeit. Wir wollen mit unserem Antrag den armen geplagten Landarbeitern (lebhafter Widerspruch rechts) etwas nützen. Jetzt bestehen für die Landarbeiter Bestimmungen, die der Menschenwürde nicht entsprechen. (Chor-Aufe rechts.) Ich hoffe, daß Sie unserem Antrag zustimmen, damit endlich die Kulturhoch von Deutschland genommen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kneue (natl.): Dieser ganze Antrag ist nichts als eine agitatorische Maßnahme der Sozialdemokratie. Niemand hat ein größeres Bedürfnis im Frieden mit seinen Arbeitern zu leben als der Landwirt, der von morgens bis abends mit ihnen zusammen ist. Die Gesindeordnung steht fast nur noch auf dem Papier. Sie ist daher ungefährlich, wenn sie auch an sich reformbedürftig sein mag. Den ländlichen Arbeitern steht kein Gesetz im Weg, sich zum Zweck der Erlangung besserer Bedingungen zu koalieren. Das patriarchalische Verhältnis muß von beiden Seiten, von Arbeitern und Arbeitgeber, gepflegt werden. Durchbrechen die Arbeiter es im Sommer und Herbst durch einen Streik, so darf man sich nicht wundern, wenn bei den Arbeitgebern im Winter die Reaktion eintritt. Die Lebensbedingungen der ländlichen Arbeiter, besonders ihre Wohnungsverhältnisse werden ständig besser. Eine Festsetzung der täglichen Arbeitszeit ist für die ländlichen Arbeiter ganz unmöglich. Das liegt in der Natur der Sache. Für durchführbar halten wir die Reform der Gesindeordnung und die Krankenversicherung. Die Frage der Koalitionsfreiheit ist noch nicht spruchreif.

Abg. Graf Mielzynski (Pole): Wir treten dem sozialdemokratischen Antrag uneingeschränkt bei, um die ländlichen Arbeiter mit den industriellen gleichzustellen.

Abg. Stauffer (wirtsch. Ver.): Die Sozialdemokratie beabsichtigt mit der Vorlage nichts, als in die bisher für die unerschöpfliche ländliche Arbeiterkraft einzubringen. Die Streikmöglichkeit da es nicht a uf das Land verpflanzt werden. Wohin würde es führen, wenn z. B. mitten in der Erntezeit die Arbeit eingestellt würde oder um Berlin a lle Welter in den Streik eintreten. La usende kleiner Kinder würden da durch schwerer Lebensgefahr ausgesetzt. Eine reichsgesetzliche Regelung im Sinne des Antrags halten wir für ausgeschlossen. Dagegen sollten die Einzelstaaten zur obligatorischen Krankenversicherung gezwungen werden.

Abg. Gohsheim (ref. Vg.): Wir begrüßen den Antrag sympathisch. So lange die landwirtschaftlichen Arbeiter rechtlich schlechter gestellt sind als die gewerblichen, wird über Deutenot zu klagen sein. Wünschenswert sei die Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter. Gewerkschaftsorganisationen und Tarifverträge können das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nur verbessern. Er beantragte Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Gahn (kons.): Der Herrmann, der heute für Koalitionsfreiheit eintrete, habe feinerzeit gegen die Koalitionsfreiheit der Seeleute gestimmt. Die enormen Summen der Alters-

und Invaliditätsversicherung sollten für gute Arbeiterwohnungen verwendet und das patriarchalische Verhältnis auf dem Lande gepflegt werden. Den Gedanken der Krankenversicherung begrüßen wir, sie wird aber vorläufig den Einzelstaaten zu überlassen sein.

Abg. Dr. Hoeffel (Sp.): Wir wollen, daß allen Arbeitern gleiche Rechte gewährt werden. Das Koalitionsrecht wäre aber jetzt für die Arbeitnehmer ein Danaergeschenk ohne Gleichen.

Abg. Gerold (Zent.) wünscht eine gleichmäßige Behandlung des Kontraktbruchs bei ländlichen und gewerblichen Arbeitern. Das Koalitionsrecht sollte auch den landwirtschaftlichen Arbeitern zuteil werden. Der reichsgesetzliche Krankenversicherung stehen wir sympathisch gegenüber. Ohne gesetzliche Regelung wird hinsichtlich der Einführung eines Maximalarbeitstages mit der Zeit eine Besserung eintreten. Die Strafbestimmungen über Kontraktbruch sollten endgültig aufgehoben werden.

Morgen 1 Uhr: Interpellation der Sozialdemokraten und Polen betreffend Anwendung des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes.

Kommunalpolitik.

Für die Arbeitslosen. In Mainz bewilligte der Stadtrat zur Linderung der Not der Arbeitslosen 10 000 M.

Die Frau in der Gemeinde. Die Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld wählte vier Frauen in die Kommission zur Ausführung der Reform des Mädchenschulwesens.

Der Vertrag des Mannheimer Intendanten Dr. Hagemann ist in der am Dienstag stattgefundenen Bürgerausschuhführung unter lebhafter Debatte auf weitere 3 Jahre verlängert, zugleich auch der Gehalt des Intendanten von 12 000 M. auf 15 000 M. erhöht worden. Der neue Oberbürgermeister Martin, der von allem Anfang an ein reifes Verständnis für die ungewöhnliche künstlerische Befähigung Hagemanns zeigte, und Stadtverordnetenvorstand Fuld a sprachen sich besonders warm für die Annahme der Vorlage aus. Ebenso traten unsere Parteigenossen geschlossen für Dr. Hagemann ein, weil sie der künstlerischen Entwicklung des Intendanten keine Steine in den Weg legen wollten. Die Mannheimer „Volksstimme“ brachte erst vor einigen Tagen einen beachtenswerten Artikel, worin sie Stellung gegen die anonymen Treiberereien gegen den Intendanten nimmt, welche ihren Niederschlag neuerdings in einer „Petition“ an den Stadtrat gefunden hatten, einer Petition mit Unterschriften von ungefähr 250 Theaterabonnenten, worunter sich — wie sich nachträglich herausstellte — solche von Badfischen befanden, die laum der Schule entwachsen waren. Stadtrat Dr. Alt, von jeher ein Gegner der Hagemannischen Bestrebungen, sprach sich auch diesmal wieder gegen die Vorlage aus. Der Sieg Hagemanns wird auch in Karlsruhe allenfalls mit freudiger Genugtuung aufgenommen werden.

Aus der Partei.

Kleinfeinbach, 19. Jan. Die Generalversammlung des Sozialdem. Vereins findet am Sonntag, 24. Jan., nachmittags 1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Ochsen“ (Saal) statt. Da sehr wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder anwesend sind. Eine große Anzahl von Parteigenossen sehen unserem Verein noch fern, es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Rotenfels, 20. Januar. Sozialdem. Verein. Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß am Samstag, 23. Jan., abends 1/9 Uhr, im Gasthaus zum „Ochsen“, unsere Generalversammlung stattfindet. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mörzsch, 18. Jan. Den hiesigen Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Samstag den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Babnhof“ ein öffentlicher Lichtbildvortrag abgehalten wird. Wir ersuchen die Parteigenossen recht zahlreich daran beteiligen zu wollen. Der Eintrittspreis ist ein sehr mäßiger; das Ortsstatell hat den Vortrag nur auf 15 Pf. für eine Person festgesetzt. Die Karten sind im Vorverkauf bei den Zeitgebern und abends an der Kasse im Saal zu haben. Da nun schon viele Karten ausgegeben sind bitten wir diejenigen, die noch eine Karte wollen, sich solche frühzeitig zu besorgen.

Donauwörth, 19. Jan. Die Genossen werden auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag Abend im „Sämannen“ unsere Generalversammlung stattfindet. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag, Prehrfrage usw. sollte jeder Genosse erscheinen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Baaische Chronik.

Bruchsal.

Wo bleibt das Gefühl der Verantwortlichkeit? Unter dieser Schlagmarke, so schreibt man uns, bringt der „Bruchsal. Bot.“ einen gebarnichteten Artikel über die Vorgänge in der Maschinenfabrik Bruchsal, vorm. Schnabel u. Pfenig. Wir haben bereits berichtet, daß die 7stündige Arbeitszeit eingeführt wurde und daß

Ercheinung der Dame, ihre von hübschem Wohlklang getragene Stimme, wie vor allem auch ihr bewegliches gewandtes Spiel liehen sie bald die Gunst des Publikums gewinnen, das sich allmählich daran gewöhnt, von Darmstadt nur mit guten und hübschen Ertragkräften regaliert zu werden. Eine in jedem Betracht einwandfreie Hofe Friaquet war sodann Fr. Saccur, bei welcher Künstlerin man nun bald ans Scheiden wird denken müssen. Der Fundus ihres dramatischen Talentes ist ein ungemein reichhaltiger; sie verfügt obensofobhr über das richtige Maß jeder Ausgelassenheit, in der sich diese hübsche Landdirne im ersten Akt gibt, wie sie auch jene warmen Hergensdine anguschlagen weiß, die zu paden und rühren vermögen. Die gesangliche Darbietung war lobenswert. Sonst wären noch zu erwähnen Herrn J a d l o w e r s stimmlich vortrefflicher, genußvoller, dazustellenhingegen feister Sylvain und Herrn K e l l e r s würdevoller Prediger. Der Chor tat seine volle Schuldigkeit.

Spielplan des großh. Hoftheaters Karlsruhe.
Donnerstag, 21. Jan. Konzert des Hoforchesters zum Festen der Knechtenden in Südbitalien. Anfang halb 8 Uhr.
Freitag, 22. Jan. A. 34. „Die Romantischen“, Verlustspiel in drei Akten von Edmond Rostand, deutsch von Ludwig Fulda. — „Der Diener zweier Herren“, Possenspiel in 1 Akt nach dem Italienischen des Carlo Goldoni von Emil Böhl. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

als Begleiterscheinung wohl noch Entlassungen folgen würden; dies ist nun auch geschehen. Am Samstag gab es Entlassungen und weitere Kündigungen. Arbeiter, die jahrelang ihre Dienste der Firma um wahre Hungerlöhne zur Verfügung stellten, sie werden mitten im Winter, in einer Zeit der Leuerung, auf die Straße geworfen, zum Dank für die fetten Dividenden, die sie alljährlich ihren „Vorgesetzten“ erarbeitet haben. Der „Bot.“ schreibt hierzu:

Sind diese Härten begründet oder gar notwendig? Es scheint freilich, daß der Geschäftsgang flauer ist, als in früheren Zeiten. Aber ein Geschäft, das seit Jahren 25 Proz. Dividenden verteilt, dessen geschäftl aufgestellte Bilanz seit Jahren erkennen läßt, daß der Geschäftsgewinn tatsächlich noch weit höher ist, als es die Dividendenverteilung verrät, ein Geschäft, das ruhig seine ersten Beamten mit Bezügen bis zu 50 000 M. entlohnen kann, ein Geschäft, das für die mühselige Tätigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats bis zu 100 000 M. (9 Proz. des Reingewinnes) auswerfen konnte, ein solches Geschäft ist nicht gezwungen, im Interesse einer anständigen Rentabilität verheiratete Beamte und Arbeiter zu entlassen.

Wenn der „Bot.“ noch auf die Filiale in der Schweiz abhebt, so wird sich gegen dieses Vorgehen nichts einwenden lassen; denn der Schweiz geht es genau wie den deutschen Bundesstaaten; auch sie lassen ihre Aufträge in der „heimischen“ Industrie herstellen. Das dürfte dem „Boten“ wohl auch nicht unbekannt sein und hier setzt sein Verantwortlichkeitsgefühl ein; denn er ist ja „unselbändig, wie das Getreide vom Lande“.

Gerade unter der Herr Birkenmeiers, in der Zeit des Zolltarifs, wurde das Schweizerwerk in Walschellen angetauft, lediglich um Zoll und Frachten zu ersparen. Nicht nur die Bruchsaler Maschinenfabrik hat dies gemacht, hunderte von Firmen haben das gleiche getan; sie verlegten ihre Betriebe ins Ausland. Das ist der Erfolg gemiffenloser Zentrumspolitik und deren Presse, zu der auch der „Bot.“ gehört. Heute lamentiert man heuchlerisch, um jene rachslose Tat, die dem deutschen Volk die hohen Lebensmittelpreise und die Arbeitslosigkeit gebracht hat, wieder vergessen zu machen. Die dem Zentrum nachlaufenden Arbeiter mögen auch hier die Frage aufwerfen: „Wo bleibt bei unseren Führern das Gefühl der Verantwortlichkeit?“

Rastatt.

Die Generalversammlung des sozialdem. Wahlvereins, welche am Sonntag stattfand, war gut besucht. Die Debatten wurden ruhig und sachlich geführt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Wahlverein gute Fortschritte gemacht hat. Die Beitragsleistung war eine vorzügliche, so daß auch die Kasse gut fundiert ist. An Stelle des Gen. Wenzel, welcher eine Wiederwahl ablehnte, wurde Gen. Johann Heiber als Vorfigender gewählt. Derselbe wohnt Gärtnerstraße 14. Als Kassier wurde Gen. Krebs wiedergewählt. Da dieses Jahr die Landtagswahlen stattfinden, ist es notwendig, daß sich die Arbeiter politisch organisieren; denn nur eine starke Organisation ist imstande, etwas zu leisten.

Baden-Baden.

Befangverein „Frischauf“. Hiermit diene zur Kenntnis, daß die Befangproben regelmäßig jeden Donnerstag stattfinden. Gleichzeitig werden die Arbeiter, die den freien Männergesang unterstützen wollen, ersucht, sich unserm Verein anzuschließen. Der Vorstand.

Freiburg.

Kolosseum. Das Programm vom 16. bis Ende dieses Monats verdient hervorgehoben zu werden. Die internationale Tänzerin Anna André bietet wirklich künstlerisches auf diesem Gebiete, den Van Tolis folgt mit seinen drei Hunden, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen, was der stimmungsvolle Applaus bewies. Die Miniatur-Vorstellung von S i f e r s P e t r a m gehört zu den Glanznummern, so auch die Leistungen der Familie Schiller auf dem Gebiete der Akrobatik, deren kleinster wirklich Erstaunliches leistet. Als perfekte Schullehrerin auf ihrem Grauschimmel produziert sich Marquerite de P e r s t h. Auf so engbegrenztem Raume verdienen derartige Leistungen ungeteilten Beifall. Dem Humoristen Max F r e h können wir das Prädikat „sehr gut“ ausstellen, was die jeweiligen Feiterfeitsürme bewiesen. Die Glanznummer des Abends bilden unzweifelhaft die drei goldenen Jungfrauen. Ein Stück, wahre plastische Kunst, auch schon durch ihre sinnvolle Komposition (Gruppendarstellungen) wird einem hier vor Augen geführt. Ungeteilter Beifall verdient auch der Kinematograph und die unter der vortrefflichen Leitung des Herrn Förner stehende Hauskapelle.

Der Fall Auer. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kam die Anklage gegen den Kassier des städtischen Rentamtes Otto Auer zur Verhandlung. Vom Mai 1906 bis Oktober 1907 unterschrieb er nach und nach 10 464,44 M., die er für sich verwendete. Eszange er ledig war, kam er mit seinem monatlichen Gehalt von 200 M. aus. Nach seiner Verurteilung langte es weder vorne noch hinten. Auer erwarbte zuerst im Mai 1906 100 M., dann 60 M. und so ging es weiter, bis bei einem unberechneten Kassensturz im Oktober 1908 seine Veruntreuungen entdeckt wurden. Als Entschuldigang gab er keine mündlichen Familienverhältnisse und die mangelnde Kontrolle an. Nach einstündiger Verhandlung wurde er zu 8 Jahren G e i ä n g n i s verurteilt. Bei der Strafbesetzung wurde u. a. als strafmildernd die Tatsache in Betracht gezogen, daß es dem Angeklagten infolge der mangelnden Kontrolle nicht allzu schwer geworden war, eine so große Summe auf die Seite zu schaffen. Wir kommen morgen näher auf die Verhandlung zurück.

Neues vom Tage.

Der gute Bürgermeister. Aus Thüringen wird der „Frankfurter Zeitung“ folgendes feitere Geschichtchen erzählt: War da in einem kleinen Städtchen einigen Mitgliedern des freiwilligen Feuerwehrcorps, die sich durch lange Dienstzeit und opferwillige Tätigkeit für die Sicherheit ihrer Mitbürger ausgezeichnet hatten, vom Landesherrn das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden. Da der Bürgermeister, der die Deforierung vornehmen sollte, mit Recht fürchtete, daß sich einige andere, die diesmal mit der landesherrlichen Gnade nicht bedacht worden waren, zurückgesetzt fühlen würden, beschloß er, auf eigene Faust diesem Uebelstande, der Zwist und Reid in die Feuerwehr-Mannschaft eindringen lassen würde, abzuhelfen. Ein K l e m p n e r m e i s t e r in einer benachbarten Stadt mußte einige O r d e n anfertigen, die dem wirklichen Ehrenzeichen außerordentlich ähnlich sahen, und — alle waren zufrieden ob der ihnen bei dem letzten Feuerwehrfest zu teil gewordenen Auszeichnung.

Doch alsbald erfuhr man im Ministerium das eigennützige Vorgehen des leutseligen Stadtoberhauptes, und der Landrat

Fortsetzung auf der 7. Seite.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Das Mädchen des Eremiten.“ Das reizende französische Werkchen könnte man öfters hören. Es besitzt nicht viele, aber doch immerhin einige Nummern von tieferem Gehalte. Vor allem im zweiten Akt das Stelldichein-Duett mit dem jeweiligen pastoralen Abschluß, unmittelbar vorher noch das „Ich bin hübsch? Das hat mir niemand noch gesagt!“ dessen anmutige Geigenmelodie mehrfach als Rominiszenz wiederkehrt. Die schlechten Erfahrungen, die wir mit unsern modernen „Spielopern“ machen, lassen einen das Schöne aus den veralteten Werken doppelt stark heraushehren.

Wir erleben unter der tüchtigen musikalischen Leitung Dr. G ö h l e r s und in der Regie Herrn B u s s a r d s eine leidlich gute Aufführung, die vielleicht nur noch nicht ganz fertig war. Kleine Differenzen zwischen Orchester und Chor trugen bisweilen Unruhe in das Ganze hinein und auch auf der Szene müssen weitere Aufführungen erst wieder die volle Sicherheit bringen. Zu rühmen dagegen ist der flotte konversationsfähige Ton, in dem gespielt, gesungen und gesprochen wurde. Hier ist wie immer Hans B u s s a r d als Meister zu loben. Vorzüglich in der Maske weiß er den Bauer Thibaut durch sein urwüchsiges humorvolles Wesen stets amüsant zu gestalten. Die Rolle der Georgette sang anstelle von Fr. Ethofer Fr. Selene B e i l l e r von Darmstadt. Die ungemein ansprechende äußere

Der Gesittbarste... Die Regel, daß die Luft... am, daß in diesem Falle ein urwüchsiges... Baden-Württemberg...

des Kreises beehrte den klugen Bürgermeister schleunigt über den Unterschied zwischen den Befugnissen eines Landesherrn und denen eines Gemeindevorstehers. Immerhin soll die „Kasse von oben“ nicht allzuschlimm geworden sein; man weiß eben auch bei uns in Deutschland diplomatische Fähigkeiten manchmal zu schätzen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 21. Jan.

Eine Pflicht für jeden Gewerkschaftler

ist es, die am kommenden Sonntag Abend in der Restauration Rutschmann, Kaiserstraße 13, stattfindende öffentliche Versammlung zu besuchen. Die Novelle zur Gewerbeordnung und die Notwendigkeit des Ausbaues der Invalidenversicherung stehen auf der Tagesordnung, zwei Themen, die für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin von großer Wichtigkeit sind.

Es sind das Lebensfragen für die arbeitende Bevölkerung und zumal bei der Gewerbeordnungs-Novelle, die vom jetzigen Reichstag verabschiedet werden soll, gilt es, der Meinung und den Interessen des arbeitenden Volkes Geltung zu verschaffen. Unsere Arbeiterschaft hat es miterlebt und empfindet es zu ihrem Schaden stündlich, welche ungeheuren Einfluß das Junkertum auf die Gesetzgebung gewonnen hat durch sein energisches Handeln bei der Wahrung seiner Interessen. Das sollte auch die Energie der Arbeiterschaft aufwecken, sollte ihr zeigen, was sie tun muß, um eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen zu erlangen. Nur so oft ist die Arbeiterschaft gleichgültig, nur so oft schaut sie stillschweigend zu, wenn in der gesetzgebenden Körperschaft ihre wichtigsten Interessen mit Füßen getreten werden. Möge es diesmal anders sein, möge die Arbeiterschaft, Männer und Frauen, massenhaft zu der Versammlung strömen. Auf zur Versammlung am Samstag Abend!

Das Gehalt des 2. Bürgermeisters.

Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit dem Bürgermeister Dr. Fortmann ein Dienstvertrag abgeschlossen werde, wonach Dr. Fortmann mit Wirkung vom 1. Januar 1909 einen Gehalt von jährlich 7000 Mk. bezieht. Dieser Gehalt wird vom 1. Januar 1911 an auf jährlich 8000 Mk. und vom 1. Januar 1913 auf jährlich 9000 Mk. erhöht.

Die Gehaltserhöhung für Herrn Dr. Fortmann dürfte nicht nur bei den sozialdemokratischen Bürgerausschußmitgliedern auf Widerstand stoßen.

Der Kammerfänger Jadlowker.

Zu der uns gestern gewordenen Mitteilung bezüglich der Nichtmitwirkung des Kammerfängers Herrn Jadlowker bei der Schöpfungsaufführung möchten wir noch etwas sagen. Herr Jadlowker stellt seine Kunst — wie wir nun wissen — dem „Volke“ nicht unter 1000 Mk. für den Abend zur Verfügung (ein Betrag übrigens, den ihm hier wohl niemand zahlen dürfte), der „Elite“ dagegen für — 200 Mk. Es war dem Arbeiterdiskussionsklub daher, wie wir gestern schon mitteilten, nicht möglich, den Sänger zu seiner Veranstaltung zu gewinnen.

Wir können die Erfolge, die Jadlowkers hervorragende Sangeskunst hier errungen, nicht verfürzen, wir täten es nicht, selbst wenn dies in unserer Macht stände, aber es fragt sich doch, ob das Publikum, wenn es von der Betätigung einer so wenig schönen Gesinnungsart des Sängers zu hören bekommt, immer gewillt sein wird, dem Sänger Jadlowker so bedingungslos seine Guldigungen entgegenzunehmen, selbst auch dann, wenn es hin und wieder berechtigten Anlaß hat, mit einer Leistung Jadlowkers unzufrieden zu sein. Wir wollen nun durchaus nicht verschweigen, daß wir uns z. B. über die in der Kritik unseres Musikreferenten beobachtete reichhaltige Anerkennung des Sängers gewundert haben, da uns von mehreren Seiten gesagt und auch von unserm Musikreferenten bestätigt wurde, daß die Leistung Jadlowkers an jenem ersten „Gaidn-Abend“ infolge einer starken latent geblichenen Indisposition sehr viele Wünsche offen ließ, und neben den prachtvollen Darbietungen der beiden andern Solisten, der Frau Klupp-Fischer und des Herrn Büttner sich sehr ungünstig abgehoben hätte.

Wenn nun unser Musikreferent von der Kennzeichnung einer so unbefriedigenden Leistung mit Rücksicht auf die sonstigen Qualitäten des Sängers abließ, so ist das jedenfalls sehr anständig gehandelt; man möchte aber versucht sein, zu fragen, ob diese übergroße Rücksichtnahme bei einem so verwöhnten Künstler wie Jadlowker fürderhin wirklich am Platze ist und ob nicht gerade derartig übermäßige Schonung die Eitelkeit und — noch mehr in die Höhe treiben hilft. Daß Herr Jadlowker an andern Orten nicht immer die gleichen begeisterten Sympathien findet wie in Karlsruhe, mitunter sehr bedingt, zeigen erst jetzt wieder die Wiener Kritiken anlässlich seines jüngsten Gastspiels an der Wiener Hofoper. Wir haben sie wohl gelesen und — nicht abgedruckt. Ebenjogut wie wir stets gerne die Tirumphe unserer Künstler außerhalb Karlsruhes hervorheben, wären wir auch berechtigt, deren minder gute Erfolge unsern Lesern nicht vorzuenthalten. Ein gewisses Anstandsgefühl verbietet uns aber das. Dennoch empfiehlt sich vielleicht jetzt, den Kritiken über das zweite, im Februar in Wien zu absolvierende Gastspiel in dieser Richtung hin mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das alles sollte Herr Jadlowker bedenken, ehe er die hier so ungewöhnlich rasch erworbenen Sympathien so sehr aufs Spiel setzt. Wir glauben kaum, daß der ihm in diesem Monat zuteil gewordene „Kammerfänger“-Titel die Obliegenheit in sich schließt, nicht mehr vor dem „Volke“ zu singen. Vielleicht ist Herr Jadlowker — des Umstandes eingedenk, daß der Stimme Jugendfrische und Schönheit selbst den singenden „Göttern“ nicht auf ewig garantiert sind — demaleinst herzlich froh, für 200 Mk. in einem populären Konzert singen zu dürfen.

Wenn nun unser Musikreferent von der Kennzeichnung einer so unbefriedigenden Leistung mit Rücksicht auf die sonstigen Qualitäten des Sängers abließ, so ist das jedenfalls sehr anständig gehandelt; man möchte aber versucht sein, zu fragen, ob diese übergroße Rücksichtnahme bei einem so verwöhnten Künstler wie Jadlowker fürderhin wirklich am Platze ist und ob nicht gerade derartig übermäßige Schonung die Eitelkeit und — noch mehr in die Höhe treiben hilft. Daß Herr Jadlowker an andern Orten nicht immer die gleichen begeisterten Sympathien findet wie in Karlsruhe, mitunter sehr bedingt, zeigen erst jetzt wieder die Wiener Kritiken anlässlich seines jüngsten Gastspiels an der Wiener Hofoper. Wir haben sie wohl gelesen und — nicht abgedruckt. Ebenjogut wie wir stets gerne die Tirumphe unserer Künstler außerhalb Karlsruhes hervorheben, wären wir auch berechtigt, deren minder gute Erfolge unsern Lesern nicht vorzuenthalten. Ein gewisses Anstandsgefühl verbietet uns aber das. Dennoch empfiehlt sich vielleicht jetzt, den Kritiken über das zweite, im Februar in Wien zu absolvierende Gastspiel in dieser Richtung hin mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das alles sollte Herr Jadlowker bedenken, ehe er die hier so ungewöhnlich rasch erworbenen Sympathien so sehr aufs Spiel setzt. Wir glauben kaum, daß der ihm in diesem Monat zuteil gewordene „Kammerfänger“-Titel die Obliegenheit in sich schließt, nicht mehr vor dem „Volke“ zu singen. Vielleicht ist Herr Jadlowker — des Umstandes eingedenk, daß der Stimme Jugendfrische und Schönheit selbst den singenden „Göttern“ nicht auf ewig garantiert sind — demaleinst herzlich froh, für 200 Mk. in einem populären Konzert singen zu dürfen.

Die Firma Sinner und die „Liebesgabe“!

Man schreibt uns von geschätzter Seite: Der „Volksfreund“ brachte vor einigen Tagen eine Notiz über die Höhe der „Liebesgabe“, welche die Firma Sinner jährlich erhält. Wie sehr diese „Liebesgabe“ die Rentabilität der Sinner'schen Unternehmen erhöht, ersieht man aus folgenden interessanten Zahlen:

Die Gesellschaft Sinner hat ein Aktienkapital von sechs Millionen Mark und verteilte in den letzten Jahren 16 % Dividende. Das macht 960 000 Mk. im Jahre. Die „Liebesgabe“ liefert davon 400 000 Mk., das ist 6 2/3 % vom Aktienkapital, oder mit andern Worten: das Reich verzinst das Aktienkapital der Gesellschaft Sinner durch die „Liebesgabe“ mit 6 2/3 %, schreibt sechsweidrittel Prozent. Daß die Firma Sinner unter diesen Umständen nicht gerne auf diese enorme Reichsheilfe verzichtet, ist wohl sehr leicht begrifflich.

Die Liebesgabe besteht bekanntlich darin, daß von einer für jede Brennerei festgesetzten Menge (Kontingent) ihres erzeugten Branntweins nur 50 Mk. statt 70 Mk. pro Hektoliter-Verbrauchsabgabe bezahlt werden muß. Da sich natürlicherweise der Spiritusverkaufspreis aber nach der höheren Verbrauchsabgabe von 70 Mk. pro Hektol. richtet, so ist der Gewinn an Hektoliter für den innerhalb des Kontingents hergestellten Spiritus 20 Mk. höher.

Wenn die Liebesgaben der zu ihrer Begründung meist angegebenen Zweck erfüllen würde, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Brennereien so zu heben, daß wenigstens die als Futtermittel verwendete Schlempe für den Landwirt kostenfrei wäre, so wäre diese Vergünstigung einigermäßen begrifflich, wenigstens bei uns im Süden, weil hier die landwirtschaftlichen Brennereien bedeutend ungünstiger arbeiten, gegenüber den gewerblichen Brennereien und den ostelbischen Kartoffelbrennereien. Aber dies ist durchaus nicht der Fall, denn Prof. Windisch-Hohenheim, der besonders in Württemberg genaue Erhebungen gemacht hat, sagt im Württemberg. Landwirtschaftl. Wochenblatt: „Wenn der süddeutsche Brenner seine Schlempe frei herauswirtschaftete, so wäre er überfrohen und verzichtete gerne auf weiteren Gewinn; unter normalen Verhältnissen wird er es aber niemals soweit bringen.“ Da wäre es doch sicher viel angebrachter, wenn man tatsächlich die Landwirtschaft heben wollte, statt durch „Liebesgabe“, die doch nur wenigen zugute kommen kann, durch Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, der Gesamtheit der Viehzucht-treibenden Landwirte zu helfen.

Sozialdem. Bürgerausschußfraktion. Am Freitag, 22. d. Mis., findet im „Auerhahn“ Fraktionsversammlung statt. Allseitiges Erscheinen ist nötig.

Vortrag über: „Sind unsere heutigen Anschauungen vom Leben richtig?“ wird Herr Dr. med. reform. J. Mähringer aus der Jesuitischen Reformerschule Basel am Freitag, 22. d. Mis., abends 8 1/2 Uhr im großen Eintrachtsaal einen Vortrag halten.

Bei dem gefrigen Hofball im Schloß, dem ersten, der seit Jahren abgehalten wird, wurde der Oberstleutnant, Kammerherr Wilhelm von Verchholz vom Schloß getroffen und war auf der Stelle tot. Der Großherzog hob den Ball sofort auf.

Krankenhaus. Die Stelle eines Assistenten am bakteriologisch-pathologischen Institut des städtischen Krankenhauses wird dem Medizinalpraktikanten Siegfried Kahn, derzeit an der medizinischen Abteilung des Krankenhauses dahier, auf 1. März d. J. übertragen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein „Erdbeere“.) Morgen Freitag Abend Singstunde. Nach derselben Sänger-Versammlung. Der Wichtigkeit halber ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Dagland. (Soz. Wahlverein.) Samstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Sonne“ jährliche Generalversammlung, wozu jeder Parteigenosse unbedingt zu erscheinen hat.

Saden-Baden. (Gewerkschaftskartell und sozialdemokr. Verein.) Samstag, den 23. Januar, abends halb 9 Uhr, findet im Saale des „Hotel Waldreit“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: „Die Gewerbeordnungs-Novelle und der Ausbau der Invalidenversicherung.“ Referent ist Genosse Marzloff. Wir eruchen um pünktliches Erscheinen.

Freiburg. (Bildungsanschuß) Samstag Abend 8 Uhr im Feileringsaal Lichtbildervortrag „Der deutsche Humor der Vergangenheit und Gegenwart in Wort und Bild.“ Wir eruchen, alle Veranstaltungen an diesem Abend ausfallen zu lassen und recht zahlreich zu erscheinen. Die Karte kostet 20 Pf. Wer eine solche Karte löst, dessen Kinder sind berechtigt, einen Lichtbildervortrag Samstag nachmittags um 4 Uhr im gleichen Lokale zu besuchen und zwar unentgeltlich. Donauerschlingen. (Soziald. Verein.) Samstag den 23. Jan., abends 8 Uhr im „Schwanen“ Generalversammlung. Es ist Pflicht jedes Genossen zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Briefkasten der Redaktion.

G. Fe. Sie haben recht, wir kommen morgen darauf zurück. M. B. in B. Ende März. Das Thema wird noch angehen.

Berghausen. Für Sie gilt, was wir kürzlich an dieser Stelle bekanntgegeben.

- a) Einwohner der Gemeinde sind,
b) das 24. Lebensjahr zurückgelegt und eine selbständige Lebensstellung haben,
c) eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben,
d) in einer badischen Gemeinde Gemeindeumlagen zu zahlen haben bezw. in einer umlagefreien badischen Gemeinde solche zahlen müßte, wenn die letztere Umlagen erhoben würde,
e) die ihnen obliegenden Abgaben an die Gemeinde entrichtet haben.

Als selbständig im Sinne dieses Gesetzes werden diejenigen Personen betrachtet, welche entweder einen eigenen Hausstand haben oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben oder an direkten ordentlichen jährlichen Staatssteuern mindestens 20 Mark bezahlen.

Elektromonteur Schule in Köln (Prospekt kostenlos. Lürichersstr. No 8.)

Advertisement for Gewerkschafts- und Partei-Literatur, Markgrafenstr. 26.

Advertisement for Möbelhaus, 32 Kronenstr. 32, featuring the text 'Enorm billig kaufen Sie Möbel'.

Advertisement for an evening lecture on 'Sind unsere heutigen Anschauungen vom Leben richtig?' by Dr. J. Mähringer.

Advertisement for 'Erfinder!' (Inventor!) by the International Patent Bureau in Bruchsal, featuring a bicycle illustration.

Advertisement for a 2-room apartment for rent at Quisenstr. 36.

Advertisement for Alona bicycles, featuring a bicycle illustration and text about quality and price.

Advertisement for Colossenm Freiburg, 'Die 3 goldenen Jungfrauen', featuring a woman's portrait and text about a program.

An Spenden für die Opfer der Erdbeben-Katastrophe in Süd-Italien

Und bei der Zentralsammelstelle, der südlichen Sparkasse, bis jetzt weiter eingegangen: durch Oberbürgermeister Siegrist: 1154 M. 77 Pf. als Ergebnis des auf Anregung der Konzert-

Insgesamt sind jetzt eingegangen 20 979 M. 48 Pf. Wir danken verbindlich für diese Spenden und bitten um weitere Zuwendungen.

Karlsruhe, den 19. Januar 1909. Der Hilfsausschuß.

Besond. günst. Gelegenheit! Ohne Konkurrenz! Ohne Konkurrenz! Wir verkaufen einen großen Posten Halbwollene Hemden für Herren und Damen...

Weitgehendste Preisermässigung auf sämtliche

Pelzwaren

„Trotz der dauernd unerreichten Vorteile“

Ausserdem Rabattmarken des R.-Sp.-V.

Pelz - Mode - Haus Wilh. Zeumer

Karlsruhe Kaiserstrasse 125/127 Telephon 274 Bitte die Schaufenster-Dekorationen zu beachten.

Gewerkschafts-Kartell und sozialdemokratische Partei Karlsruhe.

Samstag, den 23. Januar 1909, abends halb 9 Uhr, in der Restauration Rutschmann, Kaiserstrasse 13.

Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Gewerbeordnung-Novelle im deutschen Reichstag. 2. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Invalidenversicherung...

Die Kartellkommission. Der Ausschuss des sozialdemokr. Vereins.

Deutscher Transportarbeiterverband

(Bureau: Winterstraße 20) Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal bei Rutschmann, Kaiserstrasse (früher Möhrlein), unsere

Jahres-Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Neuwahlen. 3. Agitation und Verschickens. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Privatpargelgesellschaft Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen Donnerstag, den 21. Januar von morgens 1/9-12 Uhr u. nachm. von 2-5 Uhr

Kanzleiasistenten

Nr. A. 550. Die Stelle eines städtischen ist alsbald zu besetzen. Verlangt wird gute Schulbildung, schöne Handschrift...

Bekanntmachung.

Nr. A. 556. Die Stelle eines vollbeschäftigten Leichen-trägers der Stadtgemeinde ist neu zu besetzen. Anfangsgehalt ca. 140 Mark.

Bettmässen!

Befreiung garant. sofort. Aerztl. empf. glänzende Dankesch. Alter u. Geschlecht angeb. Broschüre umsonst: Institut „Sanitas“...

10% Rabatt.

Ab 1. Januar gewähre auf alle Stoffe, welche von Privat-Kundschaft gekauft werden, obigen Rabatt von 10%.

Wilh. Wolf jr., Tuchabteilung, Kaiserstrasse 82a, Eingang Lammstrasse.

Nieter

für Brückenbau gesucht. 394 Montage Durlach, Pfingststraße.

Hosenschneider

für bessere Confection finden sofort dauernde und gut-bezahlte Beschäftigung. Lindenheim & Oppenheimer Seidelberg. 400

5-10 Mk. tägl. Verdienst

durch eine neue Fabrikation im Hause Aulstunfstr. 11 in Frankfurt am Main. Erwerb nachweis Cassel-W.

Schöne 2 Zimmerwohnungen

im Hinterhaus mit Kochgas auf 1. April 1909 zu vermieten. Näheres Müppertstr. 20 im Bureau. 347

Der Haiduck

Roman von Bucura Dumbrava, illustriert von F. Damberger-München und vieles andere wie Erzählungen, Novellen, Skizzen...

Zeitschrift „In Freien Stunden“

Preis: guter Reinenband 3,50 M., Halbfranz 4 M. Auch Bibliotheken z. Anschaffung empfohlen. Zu beziehen durch: Parfeibuchhandlung, Markgrafenstr. 26.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle vom 15.-18. Jan.: Karl Sagmeister, Schuhmacher ein Ehemann, alt 51 J. Hedwig Hammer, Ladnerin, ledig, alt 23 J. Julius Bier, Schlossermeister, ein Ehemann, alt 69 J. Max Schill, Goldarbeiter, ein Ehemann, alt 64 J. August Frommholz, Schriftfeger, ein Ehemann, alt 36 J. Christine Kiefer, alt 35 J. Ehefrau des Fabrikarbeiters Wilhelm Kiefer, alt 69 J. Theodor Sambas, Feizer, Marie Stehle, Privatierin, ledig, alt 69 J. Monika Kati, Privatierin, ledig, alt 25 J. Jakob Fuchs, Radwächter, ein Ehemann, alt 51 J.



Joh. Träger 3 Uhren-Reparatur-Werkstätte Kaiserstr. 17, Hinterbau 2. St. Neue Feder 1.-11. Uhr reinigen u. reparieren 1,50 M. Feiger, Glas, Bügelring je 20 Pf. Garantie für jede Uhr.

Birkel 32 Ede Mitterstraße, 1 Treppe. Enorm billig eine Partie 192 Herrenstoffe sowie Damen- u. Herrenwäsche.